Vorgänge

Absage

An dem nicht zustande gekommenen Besuch Johannes Pauls II. anläßlich der Abschlußfeiern zum St.-Kasimir-Jubiläum in Wilna fiel weniger die Tatsache auf, daß die Sowjetunion diesen Besuch verhinderte, sondern die nachdrückliche Art und Weise, wie der Papst diese Tatsache publik machte. Johannes Paul II. sprach innerhalb weniger Tage den Vorgang gleich dreimal an: Zunächst in einer an den Vorsitzenden der litauischen Bischofskonferenz, Liudas Povilonis, gerichteten Botschaft an die litauischen Katholiken, sodann in einem in litauischer Sprache gehaltenen Gottesdienst in der päpstlichen Privatkapelle seiner Sommerresidenz und schließlich am Sonntagmittag, den 26. August, bei der üblichen Angelus-Begegnung in Castel Gandolfo.

Hatte sich der Papst innerhalb des von Radio Vatikan übertragenen Gottesdienstes noch diskret geäußert, waren seine fast wortgleichen Hinweise in der Botschaft an die litauischen Katholiken und beim sonntäglichen Angelus von einer alle Mißverständnisse ausschließenden Deutlichkeit. Ihm, so der Papst, sei nicht gestattet, an den Feierlichkeiten teilzunehmen, auch sein dafür vorgesehener Legat, der Kardinalstaatssekretär, habe nicht nach Litauen einreisen dürfen. Er hoffe aber, daß es künftig einmal möglich sein werde, "diese Mission und diesen Dienst bei unseren fernen, aber gerade aufgrund der Ferne besonders nahen Brüdern im Glauben wahrzunehmen". Denn "praktisch" seien sie so fern nicht: nur zwei Flugstunden.

Etwas Ähnliches ist seit den Anfängen vatikanischer Ostpolitik, die stets davon bestimmt war, das kirchliche Leben von Katholiken unter kommunistischer Herrschaft zu erleichtern, nur einmal vorgekommen: als Paul VI. eine Teilnahme an den Millenniumsfeierlichkeiten in Polen verwehrt

wurde. Damals gab Paul VI. öffentlich den Hinweis, diese Reise sei "verhindert" worden. Die jetzt so deutliche Sprache hat aber vor allem deswegen überrascht, weil in den letzten Jahren zum erstenmal von einer wirklichen Erleichterung - wenigstens in Teilbereichen - für die litauische Kirche gesprochen werden konnte. 1982 konnte der Papst zwei neue Bischöfe ernennen (vgl. HK, September 1982, 464). Im Frühighr 1983 durften die litauischen Bischöfe zum erstenmal zu ihrem Ad-limina-Besuch nach Rom fahren. Die von den Bischöfen damals ausgesprochene Einladung an den Papst, ihr Land zu besuchen, wurde allerdings auch von Bischöfen aus kommunistischen Ländern eher als ein Versuchsballon bzw. als eine öffentliche Geste gewertet denn als Ausdruck der Hoffnung, ein solcher Besuch könnte sich binnen kurzer Zeit auch tatsächlich realisieren lassen.

Die Situation hat sich seither auch im Lande selbst wieder verhärtet. Es kam in Litauen zu zwei aufsehenerregenden Priesterprozessen (vgl. HK, Juli 1983, 338). Und zu den St.-Kasimir-Feiern in Rom im März dieses Jahres erhielten die litauischen Bischöfe bereits wieder keine Ausreisegenehmigung. Es gibt zwar jetzt in Rom Stimmen, die sagen, im Vatikan sei man jetzt deshalb so enttäuscht gewesen, weil bis zuletzt verhandelt bzw. die Möglichkeit der Reise offengelassen worden sei. Aber was immer es damit auf sich hat, ein Besuch des Papstes in einer der Sowjetrepubliken, und zwar gerade in dem an Polen angrenzenden, vorwiegend katholischen Litauen, mußte nach den Vorgängen zwischen den beiden Papstbesuchen in Polen und angesichts der frostigen Ost-West-Beziehungen, die nicht eineinem Todor Schiwkoff, schweige denn einem Erich Honecker einen Besuch in die Bundesrepublik erlauben, von vorneherein als aussichtslos gelten.

Daß die Sowjets allerdings nicht einmal Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli als päpstlichen Delegaten nach Wilna einreisen ließen, kann wohl nur aus dem besonderen Zustand der Verunsicherung innerhalb des so-

wietischen Lagers erklärt werden. Casaroli selbst beschwichtigte denn auch und mahnte zugleich zu Vorsicht. Das jetzige Verbot der Sowjets schließe nicht aus, daß der Papst sich in Zukunft einmal seinen Wunsch nach einem Besuch bei den Gläubigen in Litauen erfüllen könne. Aber bei einer so delikaten Frage sei "Klugheit eine Verpflichtung", weil die die ganze Welt betreffenden diplomatischen Gleichgewichte auf dem Spiele stünden. So dürfte die öffentliche Denunzierung der Sowjets durch den Papst mehr als Ausdruck seines Willens zu werten sein, kommunistischen Regierungen an Deutlichkeit nichts zu schenken, denn als die Bereitschaft, eine Verhärtung in den Beziehungen zum sowjetischen Einflußbereich mit allen denkbaren Konsequenzen für die dortigen Kirchen bewußt in Kauf zu nehmen.

Unmut

Den jüngsten Vorgängen um das Opus Dei in Köln fehlte es nicht an skurrilen Zügen. Der Plan Kardinal Höffners, dem Opus Dei die Leitung einer Pfarrei in seiner Bischofstadt anzubieten, brachte den Großteil der aktiven Gemeindemitglieder von St. Mariä Himmelfahrt so sehr in Rage und Zwietracht, daß zeitweise der Eindruck entstand, in Gestalt von zwei Opus-Dei-Priestern nähere sich der Leibhaftige Köln-Holweide. Hätte nicht das Kölner Ordinariat in intensiven Gesprächen mit der betroffenen Gemeinde eine Lösung gefunden, die praktisch den Verzicht des Opus Dei auf die Pfarrei notwendig machte und diesem erlaubte, ohne Schaden für sich oder Dritte die beiden Priester von sich aus zurückzuziehen, ein Dauerkonflikt und das Auseinanderfallen der Gemeinde wäre sicher gewesen. Überrascht konnte indessen über den ausgelösten Unmut kaum jemand sein, es sei denn, er hätte die Übernahme einer überdurchschnittlich lebhaften, aber schwierigen Pfarrei ausgerechnet durch das Opus Dei für eine ideale